

9

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 37. Sitzung des Bundesrates vom 2. November 1977

1. Beschaffung neuer Einnahmen

Der Chef des FZD ist zum Schluss gekommen, dass derzeit keine verbindliche Aussage über das weitere Vorgehen gemacht werden kann. Er hält deshalb dafür, dass den Finanzkommissionen lediglich mitzuteilen sei, der Bundesrat werde nach der Dezember-Abstimmung seine weiteren Entscheide treffen, insbesondere auch darüber, ob eine mittelfristige Ueberbrückungsvorlage mit höheren WUST-Ansätzen in Aussicht genommen werden soll oder ob sogleich eine Wiederaufnahme der Mehrwertsteuer zu präsentieren sei. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis.

2. Kernkraftwerk Gösgen

Die Bauten sind so weit fortgeschritten, dass die Bewilligung für die Inbetriebnahme fällig wird. Zuständig ist das VED, doch möchte Herr Ritschard eine kurze Aussprache darüber im Bundesrat. Diese wird für eine spätere Sitzung in Aussicht genommen. (Unterlage: Situationsbericht vom 29.9.1977).

3. Besuch des österreichischen Verteidigungsministers

Herr Gnägi orientiert über den Besuch des österreichischen Verteidigungsministers Rösch. Der Chef des EMD hat seinem österreichischen Kollegen gegenüber insbesondere auf das Interesse der Schweiz an einer wirksamen Reduit-Verteidigung hingewiesen; der Entscheid bezüglich des Panzers 68 kann von den Oesterreichern erst im Frühjahr 1978 erwartet werden.

4. Rückzug der USA aus dem BIT

Herr Graber orientiert über die Divergenzen, die zum Rückzug der USA aus dem BIT geführt haben. Er gibt der Hoffnung Ausdruck - und in diesem Sinne nimmt das EPD auch zuhanden der Oeffentlichkeit Stellung - dass es raschmöglichst zu einer Einigung komme, damit die USA ihren Sitz im BIT wieder einnehmen.

5. Kommission Brandt

Die unter dem Patronat der Weltbank arbeitende Kommission Willy Brandt hat sich nun für Genf als Tagungsort entschieden. Die FIPOI muss den Vertrag betreffend die kostenlose Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten durch die Schweiz ohne Verzug unterzeichnen und bedarf dafür der Ermächtigung durch den Bundesrat. Auf Antrag von Herrn Graber ermächtigt der Rat den Bundespräsidenten, dieses Geschäft durch eine PV zu erledigen.

6. Negativzinse der Kreditanstalt

Das Problem der Negativzinsen, welche die Kreditanstalt der Nationalbank bezahlen sollte, fordert dringend einen Entscheid. Die Direktion der Nationalbank möchte eine Aussprache mit dem Bundesrat. Diese wird auf Mittwoch, den 9. November angesetzt.

7. Regierungskonferenz zur Jura-Vorlage

Der Rat nimmt eine Orientierung von Herrn Bundespräsident Furgler über die mit Vertretern der kantonalen Regierungen durchgeführte Konferenz (mündliches Vernehmlassungsverfahren) zur Jura-Vorlage entgegen. Die Aussprache war sehr positiv und darf als Pluspunkt im Hinblick auf die parlamentarische Beratung und die Abstimmung über diese Vorlage gewertet werden.

8. Kritik der Auslandpresse (APES)

Im Zusammenhang mit den kritischen Äusserungen des Präsidenten der APES über die Stellung der Auslandjournalisten in der Schweiz ist auch die Frage wieder aufgetaucht, ob die Vertreter der APES zu den Pressekonferenzen im Anschluss an die Bundesratssitzungen zugelassen werden sollen. Herr Bundeskanzler Huber unterstreicht, dass die geltende Nichtzulassung auf ein ausdrückliches Begehren der Bundeshauspresse zurückgeht, während die Verwaltung auf Grund der bisherigen Praxis eigentlich keinen Grund sieht, die Auslandjournalisten von diesen Konferenzen fernzuhalten. Eine grosse Zahl würde ohnehin nicht erscheinen. Der Rat ist einverstanden, auf diese Frage zurückzukommen, wenn die Bundeshauspresse selbst ihre grundsätzliche Opposition aufgibt.

9. Behandlung von Beamten - Beschwerden im Bundesrat

Herr Bundeskanzler Huber gibt bekannt, dass die GPK des Nationalrates dieses Problem demnächst in Anwesenheit von Herrn Prof. Eichenberger zu diskutieren gedenkt. Es stellt sich das Problem einer allfälligen Vertretung des Bundesrates. Der Rat beschliesst, sich durch Herrn Bundeskanzler Huber vertreten zu lassen.

10. BRD-Reise der Kommission für die Atomvorlagen

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass die NR-Kommission, welche die Atomvorlagen behandelt und die Durchführung von Hearings in der BRD plante, auf ihren Beschluss bezüglich der Hearings in der Bundesrepublik zurückgekommen ist. Sie plant nun eine reine Besichtigungsreise, auf der sie allerdings auch Vertreter der deutschen Behörden begleiten werden.

18.11.1977 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)